

Stober/Korte

Öffentliches Wirtschaftsrecht – Allgemeiner Teil

Grundlagen des deutschen,
europäischen und internationalen
Öffentlichen Wirtschaftsrechts

19., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Öffentliches Wirtschaftsrecht Allgemeiner Teil

Grundlagen des deutschen, europäischen und
internationalen öffentlichen Wirtschaftsrechts

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Rolf Stober
Universität Hamburg

Professor Dr. Stefan Korte, Dipl.-Kfm.
Technische Universität Chemnitz

19., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

Erschienen ist das Werk bis zur 18. Auflage unter dem Titel:
„Stober, Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht“

19. Auflage 2019

Alle Rechte vorbehalten
© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart
Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:
ISBN 978-3-17-033963-7

E-Book-Format:
pdf: ISBN 978-3-17-033964-4
epub: ISBN 978-3-17-033965-1
mobi: ISBN 978-3-17-033966-8

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Für Barbara
Ingo und Tanja
Katja und Fabio
Antonia, Alessio, Mika und Matteo

sowie

für Maya
Tilman, Adrian, Helena und Tamina

Vorwort zur 19. Auflage

Das Öffentliche Wirtschaftsrecht ist ein dynamisches Rechtsgebiet. Es muss neue wirtschaftspolitische Herausforderungen sowie aktuelle wirtschaftspraktische Bedürfnisse beachten und dabei den gegenwärtigen ökonomischen, ökologischen, technischen und sozialen Erkenntnisstand sowie die jüngste Entwicklung in Literatur, Rechtsprechung und Rechtsetzung einbeziehen. Dieses Spannungsfeld prägt auch die Neubearbeitung des Allgemeinen Teils des Öffentlichen Wirtschaftsrechts (Stand Januar 2018). Sie thematisiert die weitere Konsolidierung sowie Umsetzung des sekundären Unionsrechts und zeigt die damit verbundenen tiefgreifenden Veränderungen für das Öffentliche Wirtschaftsrecht u. a. im Wettbewerbs-, Außenwirtschafts-, Regulierungs- und Vergaberecht auf. Die Überarbeitung befasst sich ferner mit zahlreichen wirtschaftsüberwachungsrechtlichen Neuerungen etwa im Kreislaufwirtschafts-, Produktsicherheits- und Informationsrecht, die zunehmend verbraucherrechtlich orientiert sind, sowie mit der Digitalisierung der Wirtschaftsverwaltung.

Die in diesem Grundlagenband zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht behandelten allgemeinen Lehren werden in dem Folgeband zum Besonderen Öffentlichen Wirtschaftsrecht (Stober/Eisenmenger) insbesondere für das Gewerberecht und das spezielle Branchenrecht konkretisiert. Außerdem wird diese Materie in dem Band Stober/Paschke (Hg.), Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht, intradisziplinär auch aus wirtschaftsprivat- und wirtschaftsstrafrechtlicher Sicht entfaltet. Das Lehrbuch ist schließlich auf die im NWB-Verlag erscheinende Textausgabe Stober (Hg.), Wichtige Gesetze für Wirtschaftsverwaltung und die öffentliche Wirtschaft abgestimmt.

Erfreulicherweise hat sich mein akademischer Schüler, Professor Dr. *Stefan Korte*, bereit erklärt, ab dieser Auflage als Koautor mitzuwirken. Seine Forschungsschwerpunkte liegen seit jeher im Öffentlichen und insbesondere im Europäischen Wirtschaftsrecht. An seinem Lehrstuhl an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU Chemnitz haben sich insbesondere Frau Ass. iur. Luise Johné, Frau Dr. Nicole Thurner, Herr Lars Klenk, Herr Maros Fenik und Herr Zhilin Ye um das Werk verdient gemacht. Ihnen schulden die Autoren für ihre gründlichen Korrekturarbeiten, für die zuverlässige Überarbeitung der Fußnoten sowie für ihre kritischen Anmerkungen erheblichen Dank.

Hamburg und Chemnitz, im Mai 2018

Rolf Stober
Stefan Korte

Inhaltsübersicht

Band I: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Allgemeiner Teil)

- A. Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts
- B. Wirtschaftsverfassungsrecht
 - Erster Abschnitt Verfassungsrechtliche Grundlagen der Wirtschaftssteuerung
 - Zweiter Abschnitt Wirtschaftssteuerung durch Staats- und Rechtsprinzipien
 - Dritter Abschnitt Verfassungszuständigkeiten und -funktionen
 - Vierter Abschnitt Das Recht der Binnen- und Außenwirtschaft
 - Fünfter Abschnitt Nationaler Grundrechtsschutz privater Wirtschaftstätigkeit
 - Sechster Abschnitt Grund und Grenzen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit
- C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung
- D. Wirtschaftsverwaltungshandeln
- E. Wirtschaftsverwaltungskontrolle
- F. Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung

Band II: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Besonderer Teil)

- G. Gewerberechtliche Grundlagen
- H. Spezielles Branchenrecht
- I. Branchenübergreifende Querschnittsmaterien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 19. Auflage	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXVI

A. Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts 1

§ 1 Öffentliches Wirtschaftsrecht in Studium, Wissenschaft und Praxis . . 1

I. Zur Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts für Studium und Prüfung	1
1. Öffentliches Wirtschaftsrecht für Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler	1
2. Zur akademischen Aufwertung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts im Jura-Studium	1
II. Zur Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts für Wissenschaft und Praxis	2
III. Literaturhinweise	3

§ 2 Methodische Erschließung und Abgrenzung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts 4

I. Das Öffentliche Wirtschaftsrecht im System der Gesamtrechtsordnung	4
1. Notwendigkeit und Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	4
2. Rechtsvergleichende Perspektive	5
3. Konturenlosigkeit	6
4. Konzepte und Prinzipien	7
5. Eigen-, Mit- und Staatsverantwortung	8
a) Die Rolle des Staates und der Staatengemeinschaft	8
b) Öffentliches Wirtschaftsrecht zwischen Hierarchie, Kooperation und Subsidiarität	8
c) Unternehmer und Verbraucher als Wirtschaftssubjekte	9
6. Entwicklung und Zukunftsorientierung	10
a) Vergangenheitsbezug	10
b) Zukunftsorientierung hinsichtlich neuer Geschäftsmodelle	10
c) Zukunftsorientierung hinsichtlich der Digitalisierung der Verwaltung	11
7. Öffentliches Wirtschaftsrecht und Wirtschaft	11
8. Wirtschaftsprivat-, Wirtschaftsstraf- und Wirtschaftsverwaltungsrecht	12
9. Öffentliches Wettbewerbsrecht	14
II. Ökologisierung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	15
III. Öffentliches Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsverfassungsrecht . . 16	
1. Wirtschaftsverfassung im engeren und weiteren Sinne	16
2. Normenhierarchie im Öffentlichen Wirtschaftsrecht	16

Inhaltsverzeichnis

3.	Öffentliches Wirtschaftsrecht als Wirtschaftsverfassungsrecht im engeren und weiteren Sinne	18
IV.	Kodifikationsstand, Systematik und Auslegung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	18
1.	Kodifizierung und Systematisierung	18
2.	Interpretation	18
V.	Gliederung und gesamtrechtliche Vorgabe	19
1.	Materielles Recht und Verfahrensrecht	19
2.	Vorgaben für das Wirtschaftsstraf- und Wirtschaftsprivatrecht	20
VI.	Ausstrahlung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	21
1.	Öffentliches Wirtschaftsrecht im engeren und im weiteren Sinne	21
2.	Öffentliches Wirtschaftsrecht und Polizeirecht	21
VII.	Internationales und ausländisches Öffentliches Wirtschaftsrecht.	23
1.	Zur Internationalisierung und Globalisierung der arbeitsteiligen Wirtschaft.	23
2.	Zur begrenzten Regelungsrolle nationaler Wirtschaftsregeln.	24
3.	Begriff und Bedeutung des Internationalen Öffentlichen Wirtschaftsrechts.	25
4.	Rechtsquellen und Bindungswirkung des Internationalen Öffentlichen Wirtschaftsrechts.	26
5.	Europäisches Öffentliches Wirtschaftsrecht	26
6.	Ausländisches Öffentliches Wirtschaftsrecht	27
§ 3	Intra- und interdisziplinäre Ansätze des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	28
I.	Verhältnis zu den Wirtschaftswissenschaften.	28
II.	Verhältnis zur Rechtspolitik	29
III.	Verhältnis zur Ordnungspolitik.	30
IV.	Verhältnis zur Verwaltungspolitik	32
§ 4	Wirtschaftssysteme als Vorentscheidung staatlicher Wirtschaftsverfassungen.	32
I.	Wirtschaftssysteme als wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundproblem	32
II.	Verkehrswirtschaft/Marktwirtschaft	33
1.	Das Konzept der Verkehrswirtschaft.	33
2.	Schwächen der Verkehrswirtschaft	34
III.	Zentralverwaltungswirtschaft/Planwirtschaft.	34
1.	Das Konzept der Zentralverwaltungswirtschaft	34
2.	Schwächen der Zentralverwaltungswirtschaft.	35
IV.	Wirtschaftssysteme zwischen Markt und Plan	35
1.	Mixed Economy als realtypische Erscheinungsform	35
2.	Soziale Marktwirtschaft	35
a)	Individuelle Komponente.	35
b)	Soziale Komponente	36
3.	Ökologisch-soziale Marktwirtschaft	36
a)	Die ökologische Komponente	36
b)	Zur Internalisierung externer Effekte.	37

c)	Marktwirtschaftliche Umweltprinzipien als Bestandteil des Öffentlichen Wirtschaftsrechts	37
4.	Globalgesteuerte Marktwirtschaft	38
B.	Wirtschaftsverfassungsrecht	39
Erster Abschnitt:	Verfassungsrechtliche Grundlagen der Wirtschaftssteuerung	39
§ 5	Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes, der Unionsverträge und des Weltwirtschaftsrechts	39
I.	Die Wirtschaftsverfassung Deutschlands.	39
1.	Deutsche Wirtschaftsverfassung und Globalisierung der Wirtschaft	39
2.	Der Streit um die Wirtschaftsverfassung	39
3.	Zur Offenheit der deutschen Wirtschaftsverfassung	40
a)	Verfassungsrechtlicher Befund	40
b)	Verfassungsrechtliche Diskussion	40
c)	Verfassungssystematische Interpretation	41
d)	Verfassungshistorische Dimension und Grundgesetznovellierung.	41
4.	Staatliche Gestaltungsfreiheit und Verantwortung für die Wirtschaft	42
II.	Die Wirtschaftsverfassung des Binnenmarktes	42
1.	Grundgesetzliche und unionsrechtliche Wirtschaftsverfassung	43
2.	Strukturen der EU-Wirtschaftsverfassung	43
3.	Grundsatz der offenen Marktwirtschaft	44
III.	Die Wirtschaftsverfassung der Weltwirtschaft	44
Zweiter Abschnitt:	Wirtschaftssteuerung durch Staats- und Rechtsprinzipien	45
§ 6	Sozialstaatsprinzip	46
I.	Wirtschaftliche Elemente des Sozialstaates	46
1.	Die Verfassungsentscheidung für den Sozialstaat	46
2.	Wirtschaftsrelevante Sozialaussagen und ihre Grenzen.	46
II.	Bedeutung und Adressaten.	46
1.	Der Sozialstaat als Staatsaufgabe und Gestaltungsauftrag	46
2.	Adressaten und subjektive Rechte	47
III.	Sozialprinzip in der EU	47
IV.	Sozialprinzip und Weltwirtschaftsrecht	48
§ 7	Rechtsstaatsprinzip	48
I.	Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftsverwaltung	48
1.	Wirtschaftsrelevante Bedeutungen des Rechtsstaatsprinzips	48
2.	Einzelausprägungen	49
a)	Gesetzesbindung.	49
b)	Gesetzesvorrang	49
c)	Gesetzesvorbehalt.	49
II.	Messbarkeit und Vorhersehbarkeit des Wirtschaftsverwaltungshandelns	53
1.	Rechtssicherheit als ökonomische Rahmenbedingung	53

Inhaltsverzeichnis

2.	Ökonomischer Vertrauensschutz für die Zukunft?	53
3.	Ökonomischer Vertrauensschutz für die Vergangenheit . . .	54
	a) Echte und unechte Rückwirkung.	54
	b) Zulässigkeit der Rückwirkung und Vertrauensschutz .	54
III.	Die Bestimmtheit wirtschaftsrechtlicher Gesetze und Ausführungsakte	55
	1. Zur Bedeutung des Bestimmtheitsgrundsatzes	55
	2. Bestimmtheit im Wirtschaftssanktionsrecht	56
	3. Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Vorschriften	56
	4. Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Ausführungsakte	57
IV.	Zur Verhältnismäßigkeit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Maßnahmen	57
	1. Verhältnismäßigkeit als Generalschranke jeder staatlichen Aktivität	57
	2. Prüfungsschritte	58
	a) Eignung	58
	b) Erforderlichkeit	58
	c) Angemessenheit	59
V.	Rechtsschutz gegen wirtschaftsverwaltungsrechtliche Maßnahmen	59
VI.	Rechtsstaatsprinzip und EU	60
VII.	Rechtsstaatsprinzip und Weltwirtschaftsrecht	61
§ 8	Wirtschaftsrelevante Prinzipien der Aufgabenverteilung.	61
I.	Verteilung der wirtschaftsrelevanten Kompetenzen.	61
	1. Unionsebene.	62
	2. Bundesebene.	62
	a) Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	63
	b) Verteilung der Verwaltungskompetenzen	64
	c) Kooperativer Wirtschaftsföderalismus	65
	d) Internationale Vereinbarungen	66
	3. Kommunale Ebene.	67
	a) Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Bedeutung von Gemeinden	67
	b) Dekonzentrierte und dezentrale Aufgabenerledigung .	67
II.	Wirtschaftsverwaltung als Selbstverwaltungsaufgabe	68
	1. Selbstverwaltung durch Kammern	68
	2. Selbstverwaltung durch Verbände	69
III.	Der Subsidiaritätsgedanke als politische Klugheitsregel.	70
§ 9	Makroökonomische Prinzipien mit Wirtschaftsrelevanz.	70
I.	Unionsebene	71
	1. Etablierung einer gemeinsamen Währungspolitik	71
	2. Koordinierung der mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitiken .	72
	a) Grundlagen	72
	b) Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht	73
	c) Haushaltsüberwachung	73
II.	Verfassungsebene	74

III. Wirtschaftlichkeitsprinzip als rechtsebenenübergreifende Direk- tive	75
§ 10 Umweltstaatsprinzip	76
I. Umweltschutz im Grundgesetz und im Landesverfassungsrecht .	76
II. Umweltschutz und EU.	77
III. Umweltschutz und Weltwirtschaftsrecht.	78
Dritter Abschnitt: Verfassungszuständigkeiten und -funktionen	79
§ 11 Wirtschaftsrelevante Regierungs-, Rats- und Verwaltungszuständig- keiten	79
I. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Mitglieder der Bundes- regierung.	79
1. Die Bundesregierung als Träger der Wirtschaftspolitik.	79
2. Rechtsetzungs- und Aufsichtszuständigkeiten der Bundesre- gierung	80
3. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregie- rung	80
II. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Landesregierungen.	82
III. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Räte der Union.	82
IV. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Verwaltung	83
1. Verwaltungszuständigkeiten bundesdeutscher Behörden.	83
a) Vollzug nationalen Rechts	83
b) Indirekter Vollzug von Unionsrecht	84
2. Unionseigene Verwaltung	85
§ 12 Bundesbank und Europäische Zentralbank	86
I. Wirtschaftsverfassungsrechtliche Stellung der Bundesbank	86
1. Aufgaben	86
2. Organisationsstruktur	86
3. Art. 88 GG als Rechtsgrundlage zur Übertragung von Ho- heitsrechten	87
II. Die Europäische Zentralbank als Hüterin der Unionswährung.	87
1. Aufgaben und Befugnisse	87
2. Rechtsstellung.	88
III. Internationaler Währungsfonds.	88
§ 13 Wirtschaftsrelevante Rechtsetzungs- und Rechtsprechungszuständig- keiten	89
I. Rechtsetzungszuständigkeiten.	89
1. Unionsebene	89
2. Bundesebene.	89
a) Ausschließliche wirtschaftsrelevante Gesetzgebungs- zuständigkeiten	90
b) Konkurrierende wirtschaftsrelevante Gesetzgebungs- zuständigkeiten	90
c) Wirtschaftsrelevanz ungeschriebener Kompetenzen	93
d) Vorschriften über Geldleistungspflichten	94
3. Landesebene	96
a) Die Auswirkungen der Föderalismusreform von 2006	96
b) Das Hausgut der Länder	98
c) Übergreifende Grundsätze	98

Inhaltsverzeichnis

4.	Welthandelsrechtliche Ebene	99
5.	Vollzugsebene	99
	a) Rechtsverordnungen	99
	b) Satzungen	99
	c) Verwaltungsvorschriften	100
6.	Gesetzgebung und Gesetznehmung	101
II.	Rechtsprechungszuständigkeiten	102
Vierter Abschnitt: Das Recht der Binnen- und Außenwirtschaft		103
§ 14 Räumliche Reichweite und Einflussbereiche der Rechtsebenen		103
I.	Binnenwirtschaft	104
1.	Natürliches Wirtschaftsgebiet	104
	a) Staatsgebiet	104
	b) Wirtschaftsgebiet	104
	c) Staatsfreies Gebiet	105
	d) Schiffe	105
	e) Luftfahrzeuge	106
	f) Weltraum	107
	g) Virtueller Raum	107
2.	Wirtschaftsgebiet kraft Vereinbarung oder Gesetz	108
II.	Außenwirtschaft	108
1.	Die Formen internationaler Integration und ihre verfas- sungsrechtliche Basis	108
2.	Integration auf europäischer Ebene	109
	a) Der EU-Binnenmarkt	109
	b) Der Europäische Wirtschaftsraum	113
	c) Die Einbindung der Schweiz	113
	d) Weitere Abkommen	114
	e) Die künftige Rolle Großbritanniens	114
	f) Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten	114
3.	Integration auf internationaler Ebene	115
	a) Kooperationen mit Beteiligung Deutschlands bzw. der EU	115
	b) Kooperationen ohne Beteiligung Deutschlands bzw. der EU	117
§ 15 Binnenmarktrecht		118
I.	Allgemeine Lehren	119
1.	Die Binnenmarktverwirklichung als Richtgröße	119
	a) Voraussetzungen	119
	b) Gefährdungslagen	121
	c) Ausnahmen	122
2.	Positive Integration durch Sekundärrechtsetzung	123
	a) Kompetenzielle Vorgaben	123
	b) Die Rolle der Unionsgrundrechte	125
	c) Die Rolle der sog. Querschnittsklauseln	126
3.	Negative Integration durch Grundfreiheiten	126
	a) Schutzbereich	127
	b) Beeinträchtigung	127

c)	Rechtfertigung	129
4.	Verhältnis von positiver und negativer Integration	133
II.	Besondere Ausprägungen	134
1.	Freier Warenverkehr	134
a)	Warenbegriff als Ausgangspunkt	134
b)	Beseitigung tarifärer Handelshemmnisse	134
c)	Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse	135
d)	Sekundärrechtliche Ausformung im Produktsicherheitsrecht	138
2.	Unternehmensbezogene Grundfreiheiten	140
a)	Niederlassungsfreiheit	140
b)	Dienstleistungsfreiheit	143
c)	Sekundärrechtliche Ausformung in ausgewählten Rahmenrichtlinien	145
3.	Arbeitnehmerfreizügigkeit	149
4.	Kapitalverkehrsfreiheit	150
5.	Zahlungsverkehrsfreiheit	151
§ 16	Welthandelsrecht	152
I.	Internationale Abkommen auf WTO-Ebene	152
1.	Abkommen über den Warenhandel	152
a)	Rechtsgrundsätze	152
b)	Ausnahmen	155
2.	Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen	155
3.	Handelspolitische Schutzinstrumente	156
a)	Antidumping-Übereinkommen	156
b)	Übereinkommen über Schutzmaßnahmen	157
4.	Das Streitschlichtungssystem der WTO	157
a)	Beteiligte Organe	158
b)	Verfahrensablauf	158
c)	Umsetzungs- bzw. Durchsetzungsmechanismen	159
5.	Entwicklungsperspektiven	159
II.	Globales Rechtsregime für die Nutzung des Meeresgebietes	161
III.	TTIP und CETA	161
Fünfter Abschnitt: Nationaler Grundrechtsschutz privater Wirtschaftstätigkeit 162		
§ 17	(Ökonomische) Bedeutung, Funktionen, Strukturen	163
I.	Ausdruck marktwirtschaftlich orientierter Rechtsordnungen	163
II.	Die Funktionen der Grundrechte innerhalb des Wirtschaftsgeschehens	164
1.	Grundrechte als Abwehrrechte	164
2.	Grundrechte als Schutzpflichten	164
3.	Grundrechte als Leistungsrechte	165
4.	Grundrechte als Verfahrensrechte	166
III.	Grundstrukturen der Grundrechtsprüfung	167
1.	Schutzbereichsebene, insbesondere Art. 19 Abs. 3 GG	167
a)	Juristische Person	167
b)	Inlandsbezug	167
c)	Wesensgemäße Anwendbarkeit	168

Inhaltsverzeichnis

d)	Grundrechtsberechtigung von Hoheitsträgern	169
2.	Beeinträchtigungsebene.	170
a)	Hoheitliches Handeln	170
b)	Hinreichende Eingriffsintensität	174
3.	Rechtfertigungsebene	174
a)	Grundrechtsschranken.	175
b)	Schranken der Grundrechtsschranke	175
c)	Verfassungskonforme Anschlussmaßnahme.	176
IV.	Zur Wirtschaftsrelevanz der einzelnen Grundrechte	176
1.	Leben und körperliche Unversehrtheit.	176
2.	Die ökonomische Dimension der Menschenwürde	177
3.	Grundrechtsschutz zugunsten der Unternehmer	178
§ 18	Berufsfreiheit	179
I.	Schutzbereich.	179
1.	Persönliche Dimension	179
2.	Sachliche Dimension	180
a)	Beruf als Bezugspunkt.	180
b)	Berufliche Entfaltung als geschütztes Verhalten	181
c)	Kein Recht auf Arbeit	182
II.	Beeinträchtigung	183
1.	Klassische Beeinträchtigungsformen	183
2.	Moderne Beeinträchtigungsformen	183
III.	Rechtfertigung	185
1.	Gesetzesvorbehalt	185
2.	Verhältnismäßigkeit	186
a)	Drei-Stufen-Lehre als Grobfilter	186
b)	Verhältnismäßigkeit im Übrigen	188
IV.	Berufsfreiheit als Teilhaberecht	189
§ 19	Eigentumsfreiheit und Vergesellschaftung	190
I.	Schutzbereich.	191
1.	In persönlicher Hinsicht	191
2.	In sachlicher Hinsicht.	191
a)	Schutz des beruflich Erworbenen	192
b)	Schutz von Wirtschaftsflächen	193
c)	Produkte und Produktionsfaktoren	195
d)	Vermögenswerte Rechte.	195
e)	Der eingerichtete und ausgeübte Erwerbsbetrieb	197
f)	Abgabepflicht und Eigentumsschutz.	199
g)	Öffentlich-rechtliche Eigentumspositionen	199
II.	Kreis der eigentumsrelevanten Maßnahmen	201
III.	Rechtfertigung	202
1.	Inhalts- und Schrankenbestimmungen.	202
2.	Enteignungen	203
3.	Vergesellschaftung	204
§ 20	Wirtschaftsinformations- und Wirtschaftskommunikationsfreiheit.	205
I.	Gewährleistungen des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG.	206
1.	Schutzbereich	206
a)	Meinungsausdrucksfreiheit im Geschäftsverkehr	206

b)	Informationsfreiheit im Geschäftsverkehr	207
2.	Rechtfertigung von Beeinträchtigungen	208
II.	Gewährleistungen des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG	209
1.	Pressefreiheit	209
2.	Rundfunkfreiheit	210
§ 21	Weitere spezielle Freiheitsgewährleistungen mit Wirtschaftsbezug	211
I.	Schutz der Geschäftsräume, Art. 13 GG	212
1.	Schutzbereich	212
2.	Eingriff	212
3.	Rechtfertigung	213
II.	Wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG)	213
1.	Schutzbereichsbeeinträchtigung	214
2.	Rechtfertigung von Beeinträchtigungen	214
§ 22	Marktmäßige Entfaltungsfreiheit von Unternehmer und Verbraucher (Art. 2 Abs. 1 GG)	215
I.	Schutzbereich	215
1.	Sachliche Dimension	215
a)	Art. 2 Abs. 1 GG zwischen Haupt- und Auffanggrundrecht	215
b)	Verbleibender Anwendungsbereich	215
c)	Insbesondere: Pflichtmitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Kammern?	218
2.	Persönliche Dimension	221
a)	Berufsfreiheit für ausländische Staatsangehörige	221
b)	Ausländerrechtliche Berufsbeschränkungen	221
II.	Eingriff	222
III.	Rechtfertigung	222
§ 23	Wirtschaftlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	223
I.	Erscheinungsformen	223
II.	Grundrechtsbindung und -träger	225
III.	Besondere Differenzierungsverbote	225
1.	Ungleichbehandlung von Mann und Frau, Art. 3 Abs. 2 GG	225
2.	Diskriminierungsverbote aus Art. 3 Abs. 3 GG	227
IV.	Allgemeiner Gleichheitssatz	227
1.	Grundstrukturen	227
2.	Besondere Bindungsdimensionen	229
a)	Gleichheitssatz und Gesetzgeber	229
b)	Gleichheitssatz und Verwaltung	229
3.	Gleichheitssatz als derivatives Teilhaberecht	230
4.	Inländergleichbehandlung als Folge des Binnenmarktrechts?	230
Sechster Abschnitt:	Grund und Grenzen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit	231
§ 24	Die öffentliche Hand als Wirtschaftsakteur	231
I.	Die öffentliche Hand als Unternehmer	231
1.	Kategorisierungen	231
2.	Marktmäßige Tätigkeit durch öffentliche Unternehmen	232
a)	Parameter öffentlicher Unternehmen	232

Inhaltsverzeichnis

b)	Zulässigkeit der Tätigkeitsaufnahme	233
c)	Tätigkeitsausübung.	238
3.	Hoheitliche Beteiligungsverwaltung	243
II.	Die öffentliche Hand als Verbraucher	244
1.	Dimensionen und Bedeutung öffentlicher Aufträge	244
2.	Rechtsgrundlagen auf internationaler Ebene	245
a)	Anknüpfungspunkte im Weltwirtschaftsrecht	245
b)	Anknüpfungspunkte im Unionsrecht	246
3.	Nationales Vergaberechtsregime.	248
a)	Oberhalb der Schwellenwerte	248
b)	Unterhalb der Schwellenwerte	253
c)	Strafrechtlicher Flankenschutz	254
C.	Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung	255
§ 25	Zur Bedeutung und Systematik von Wirtschaftsverwaltungsaufgaben	255
I.	Wirtschaftsverwaltungsaufgaben als Konkretisierung von Unions- und Verfassungsrecht	255
II.	Aufgaben- und Befugnisnormen	255
III.	Allgemeine und besondere Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung	256
§ 26	Wirtschaftliche Infrastruktur	256
I.	Unions- und Staatsverantwortung für die wirtschaftliche Infrastruktur	256
II.	Wirtschaftsnahe institutionelle Infrastruktur	257
III.	Wirtschaftliche Infrastruktur als Gewährleistungs- und Regulierungsverantwortung	257
IV.	Das Recht der kritischen Infrastrukturen	259
§ 27	Wirtschaftsinformation	260
I.	Wirtschaftsinformation als Eckpfeiler der Wirtschaftsverwaltung	260
II.	Wirtschaftsinformation als Unions- und Staatsaufgabe	261
III.	Wirtschaftsinformationelle Eigenverantwortung	261
1.	Informationsrechte und Informationspflichten	261
2.	Marktwirtschaftliche und selbstverwaltete Informationssysteme	262
§ 28	Wirtschaftsplanung	262
I.	Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftsplanung	262
II.	Erscheinungsformen der Wirtschaftsplanung.	263
III.	Anforderungen an die Rechtmäßigkeit.	263
§ 29	Wirtschaftsüberwachung	263
I.	Bedeutung und Gegenstand	264
1.	Wirtschaftsüberwachung als klassische Staatsfunktion.	264
2.	Wirtschaftsüberwachung und Wettbewerb.	265
3.	Wirtschaftsüberwachung in Abgrenzung zu verwandten Instituten	266
4.	Wirtschaftsüberwachung und Internationalisierung.	268
II.	Schutzgut und Eingriffsschwelle	269
1.	Schutzgüter der Wirtschaftsüberwachung	269

a)	Einzelne Rechtsgüterschutztypen	269
b)	Insbesondere Verbraucherschutz	270
2.	Eingriffsschwellen der Wirtschaftsüberwachung	271
a)	Gefahrenbewältigung im Präventionsstaat	271
b)	Gefahrenvorsorge im Präventionsstaat	271
c)	Gefahrennachsorge im Präventionsstaat	274
III.	III. Instrumente der Wirtschaftsüberwachung	274
1.	Aufnahmeüberwachung	275
2.	Ausübungsüberwachung	276
3.	Beendigungsüberwachung	278
4.	Sanktionierung von Pflichtverletzungen	278
IV.	IV. Staatliche Wirtschaftsüberwachung und unternehmerische Eigenverantwortung	278
1.	Wirtschaftsüberwachung und Kooperationsprinzip	278
2.	Erledigung von Wirtschaftsüberwachungsaufgaben durch Private	279
a)	Zertifizierung und Umwelterklärung	279
b)	Zur DIN/ISO- und Leitsätze-Normierung	281
3.	Unternehmerische Eigenüberwachung und Selbstbeschränkung	281
a)	Eigenüberwachung als Wettbewerbs- und Marketingfaktor	282
b)	Eigenüberwachung zur Internalisierung von Umweltkosten	283
c)	Selbstzertifizierung	283
d)	Selbstbeschränkungsabkommen	283
4.	Preis- und Mengenlösungen	284
§ 30	§ 30 Wirtschaftslenkung	284
I.	Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftslenkung	284
II.	Zur Typisierung der Lenkungsmaßnahmen	285
III.	Sanktionierung von Verstößen	286
§ 31	§ 31 Wirtschaftsförderung	286
I.	Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftsförderung	286
1.	Wirtschaftsförderung als Leistungs- und Verschonungsverwaltung	287
2.	Wirtschaftsförderung als Risikoverwaltungsrecht	288
3.	Wirtschaftsförderung und Compliance-Anforderungen	288
4.	Wirtschaftsförderungskriminalität	288
II.	Typisierung der Maßnahmen der Wirtschaftsförderung	289
1.	Wirtschaftsförderung durch Leistungsgewährung	289
2.	Wirtschaftsförderung durch Belastungsverschonung	291
III.	Die ordnungs- und wirtschaftspolitischen Dimensionen der Wirtschaftsförderung	292
IV.	Rechtliche Grundlagen der Wirtschaftsförderung	293
1.	Wirtschaftsförderung durch Bund und Länder	293
2.	Wirtschaftsförderung und Beihilferecht der Union	294
a)	Zielsetzungen	294
b)	Beihilfegriff	294

Inhaltsverzeichnis

c)	Relevante Beihilfeaufsichtsvorschriften	295
d)	Beihilfevoraussetzungen und Rechtsfolgen	296
e)	Zulässige Beihilfen nach Art. 107 Abs. 2 und Abs. 3 AEUV	299
f)	Rechtsfolge	300
3.	Rückabwicklung	301
V.	Weltwirtschaftliche Subventionsregeln	301
1.	Subventionsbegriff	301
2.	Subventionsregime	301
3.	Verfahrensregeln	302
§ 32	Außenwirtschaftsverwaltungshandeln	302
I.	Ausfuhrhandeln	303
1.	Rechtsgrundlagen	303
2.	Zielsetzungen	303
3.	Mechanismen	304
a)	Verbote	304
b)	Genehmigungsvorbehalt und Genehmigungsverfahren	305
c)	Ausübungsregeln	306
d)	Vorgehen im Falle von Unternehmensbeteiligungen	306
4.	Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverwaltungsrecht	307
5.	Sanktionierung von Verstößen	307
II.	Einfuhrhandeln	307
D.	Wirtschaftsverwaltungshandeln	309
§ 33	Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Wirtschaftsverwaltungs- handeln	309
I.	Grundsatz der Wahlfreiheit und Abgrenzung	309
II.	Zweistufige Wirtschaftsverwaltungsrechtsverhältnisse	310
§ 34	Gebundenheit und Freiheit der Wirtschaftsverwaltung	311
I.	Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum	312
II.	Ermessen der Wirtschaftsverwaltung	313
III.	Planungsermessen	315
§ 35	Wirtschaftsverwaltungsakte	315
I.	Der Wirtschaftsverwaltungsakt im System der Handlungsfor- men	316
II.	Wirkung, Begriff und Bedeutung	316
1.	Wirkweise	316
2.	Merkmale des Verwaltungsaktes	316
3.	Zur Einteilung der Wirtschaftsverwaltungsakte	318
4.	Verwaltungsakte und Unionsrecht	319
III.	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Genehmigungen	319
1.	Sach- und Personalgenehmigungen	319
2.	Verwaltungsverfahren	320
a)	Allgemeines Verwaltungsverfahren	320
b)	Besondere Verwaltungsverfahren	321
c)	Übergreifende Verfahrensgrundsätze	322

3.	Prüfungsschema für die Rechtmäßigkeit von Wirtschafts-	322
4.	Förmliche und gestufte Verfahren	323
5.	Genehmigungspraxis und Anforderungen der Wirtschaft . .	325
6.	Verfahrensbeschleunigung	327
7.	Nebenbestimmungen	328
8.	Grundregeln eines effektiven Genehmigungsmanagements .	329
9.	Zertifikate mit Verwaltungsaktcharakter	330
IV.	Das Ende der Wirksamkeit von Wirtschaftsverwaltungsakten . .	330
1.	Aufhebung	330
a)	Rechtmäßige Verwaltungsakte	330
b)	Rechtswidrige Verwaltungsakte	331
c)	Fristen und Ermessen	331
d)	Erstattung	332
e)	Unionsrechtliche Überformung	332
2.	Erlöschen	332
§ 36	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Verträge	332
I.	Kooperatives und konsensuales Wirtschaftsverwaltungshandeln.	333
II.	Subordinationsrechtliche und koordinationsrechtliche Verträge .	333
III.	Rechtmäßigkeit von wirtschaftsvertraglichem Handeln	334
IV.	Vollzug wirtschaftsvertraglichen Handelns	335
V.	Unionsrechtliche Überformung	335
§ 37	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Zusagen und schlichtes Wirtschafts-	336
I.	Schlichtes Wirtschaftsverwaltungshandeln	336
II.	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Zusagen	337
E.	Wirtschaftsverwaltungskontrolle	339
§ 38	Die Kontrolle der Wirtschaftsverwaltung	339
I.	Externe Kontrollverfahren	339
1.	Förmliche Kontrollverfahren	339
a)	Schutz subjektiv-öffentlicher Rechte	339
b)	Facetten förmlicher Kontrollverfahren	341
2.	Schlichtungsverfahren	346
3.	Formlose Kontrollen	346
II.	Interne Kontrollen	347
1.	Selbstinitiierte Kontrolle	347
2.	Staatsaufsicht	347
III.	Beihilfenaufsicht	347
F.	Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung	349
§ 39	Staatliche, unionsrechtliche und internationale Wirtschaftsverwal-	349
I.	Träger- und Behördenvielfalt	349
II.	Wirtschaftsverwaltung auf nationaler Ebene	350
1.	Unmittelbare Wirtschaftsverwaltung	350

Inhaltsverzeichnis

a) Bundesebene	350
b) Landesebene	351
2. Mittelbare Wirtschaftsverwaltung	352
3. Öffentliche Unternehmen	352
III. Wirtschaftsverwaltungsorganisation und EU	353
IV. Internationale Wirtschaftsverwaltungsorganisationen	354
§ 40 Wirtschaftsverwaltung durch Einschaltung Privater	355
I. Beleihung	355
II. Verwaltungshelfer	356
III. Indienst- oder Inpflichtnahme	357
IV. Beauftragte und Akkreditierte	358
V. Konzessionäre	358
§ 41 Wirtschaftsverwaltung durch Privatisierung	359
I. Formelle Privatisierung	359
II. Materielle und funktionale Privatisierung	359
§ 42 Kommunale Organisation der Wirtschaftsverwaltung	360
§ 43 Selbstverwaltung der Wirtschaft	361
I. Selbstverwaltungsbegriff und Selbstverwaltungs idee	361
1. Kammern als Träger der funktionalen Selbstverwaltung	362
2. Zur Internationalisierung der Selbstverwaltungs idee	363
II. Abgrenzung von ähnlichen Erscheinungsformen	363
III. Wirkungskreis und Aufgabenbereich	363
1. Vom Hilfsorgan der Staatsregierung zum Servicecenter	363
2. Zum Ausbau der überwachungsrechtlichen Kompetenz	364
3. Dimensionen der Kammeraufgaben	365
IV. Zweck der Selbstverwaltung und Pflichtmitgliedschaft	365
1. Selbstverwaltungsmotive	365
2. Das besondere gewerbepolitische Mandat	366
3. Zur Pflichtmitgliedschaft für Binnenmarktdienstleister	367
V. Organisationsstrukturen	367
1. Rechts- und Fachaufsicht	367
2. Beitragserhebung und -verwendung	368
3. Kammerorgane und Kammerwahlen	368
4. Einzelne Hoheitsrechte	369
VI. Erscheinungsformen	369
1. Organisationsformen des Handwerks	369
a) Handwerkskammern	370
b) Handwerksinnungen, Innungsverbände und Kreis- handwerkerschaften	371
2. Organisation der Landwirtschaftskammern	372
3. Privatrechtliche Organisationsformen und Kooperation	372
4. Spitzenorganisationen der Selbstverwaltung der Wirtschaft	372
VII. Partizipation von Wirtschaftsverbänden an der Wirtschaftsver- waltung	373
1. Zum Status der Wirtschaftsverbände	373
2. Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Wirtschaftsver- bände	374
3. Informelle Einflussnahmen und Staatsentlastung	375

4. Internationalisierung	375
§ 44 Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung	375
I. Nutzerfinanzierung	375
1. Ausgangspunkt	375
2. Weiterungen	376
3. Ausgrenzungen	377
II. Finanzierung durch Inpflichtnahme privater Unternehmen	377
Stichwortverzeichnis	379

Abkürzungsverzeichnis

A	
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der EU
Abs.	Absatz
AbwAG	Abwasserabgabengesetz
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AFTA	ASEAN Free Trade Area
AG	Aktiengesellschaft, Ausführungsgesetz, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AkkStelleG	Gesetz über die Akkreditierungsstelle
AKP-Staaten	afrikanische-karibische-pazifische Staaten
A.M./a. M.	Andere Meinung/andere Meinung
AMG	Arzneimittelgesetz
amtl.	Amtliche, amtliche
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APEC	Asia-Pacific-Economic-Cooperation
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AT	Allgemeiner Teil
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWVO	Außenwirtschafts-Verordnung
B	
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAFG	Gesetz über die Errichtung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung
BAnz	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
Bay	Bayerische
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebsberater
BBankG	Bundesbankgesetz
Bbg.	Brandenburg (brandenburgisch)
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Begr.	Begründung
BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
BFH	Bundesfinanzhof

Abkürzungsverzeichnis

BFStrG	Bundesfernstraßengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchVO	Bundes-Immissionsschutzverordnung
Bln	Berlin
BMF	Bundesminister der Finanzen
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNotO	Bundesnotarordnung
BQLR	EG-Berufsqualifikationsanerkennungsrichtlinie 2005/36 EG
BR	Bundesrat
BR-Ds.	Bundesratsdrucksache
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Brem	Bremer
BSI	Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSG	Bundessozialgericht
BT	Besonderer Teil
BT-Ds.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Baden-Württemberg
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
C	
C	Communication
Calliess/Ruffert	Kommentar zum EUV/AEUV und zur GrCH, 5. Aufl. 2016
CE	Communautés Européennes
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
ChemG	Chemikaliengesetz
C.I.S.G.	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
CMA	Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft G.m.b.H.
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance
CPV	Common Procurement Vocabulary
D	
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	dieselbe
DHKT	Deutscher Handwerkskammertag
dies.	dieselbe(n)
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIN	Deutsches Institut für Normung
DJT	Deutscher Juristentag
DLR	EG-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Ds.	Drucksache
DSD	Der Sicherheitsdienst
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt

Abkürzungsverzeichnis

E	
E	Amtliche Entscheidungssammlung des zuvor genannten Gerichte
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECU	European Currency Unit
EFTA	Europäische Freihandelszone
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBG	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EG-FsRL	EG-Fernsehrichtlinie
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Ehlers	Ehlers/Fehling/Pünder (Hg.), Besonderes Verwaltungsrecht Band 1, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 3. Aufl. 2012
EIB	Europäische Investitionsbank
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte
EN	Euro(päische) Normenreihe
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EnstatG	Energiestatistikgesetz
Erl.	Erläuterung
ERP	European Recovery Program
EStG	Einkommensteuergesetz
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Vertrag über die Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU GR Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union (in der Fassung von Lissabon)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Einigungsvertrag
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
F	
FAO	Fachanwaltsordnung
FG	Festgabe
FFG	Filmförderungsgesetz
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
Frotscher/Kramer	Frotscher/Kramer, Verfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, 6. Aufl. 2013
FS	Festschrift
FS Säcker	Joost/Oetker/Paschke (Hg.), Festschrift für Franz Josef Säcker zum 70. Geburtstag, 2011
FS Stober	Kluth/Müller/Peilert (Hg.), Festschrift für Rolf Stober zum 65. Geburtstag, Wirtschaft-Verwaltungs-Recht, 2008.
FStrPrivFinG	Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz
FTAA	Free Trade Area of the Americas
G	
G	Gesetz
GastG	Gaststättengesetz
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GBL	Gesetzblatt
GemO	Gemeindeordnung
GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz)
GeRL	Genehmigungsrichtlinie

Abkürzungsverzeichnis

GewArch.	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GO	Gemeindeordnung
GPA	Government Procurement Agreement
GSOGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GV. NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz)
GwG	Geldwäschegesetz
H	
Hdb.	Handbuch
HdBGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, herausgegeben von Detlef Merten und Hans-Jürgen Papier, 2006 ff.
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts, herausgegeben von Josef Isensee und Paul Kirchhof, 10 Bände, 1987 ff.
Hess	Hessisch
Hg.	Herausgeber
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
h. M.	herrschende Meinung
Hmb	Hamburgisch
Hoffmann-Riem ua. (Hg.) Grundlagen	Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, 2. Aufl. 2013
HwO	Handwerksordnung
I	
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinn
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IHK	Industrie- und Handelskammer(n)
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern
i. S. d./v.	im Sinne des/von
ISO	International Organization for Standardization
IT	Informationstechnik
ITU	International Telecommunication Union
IuKDG	Gesetz zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste (Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz)
i. V. m.	in Verbindung mit
IVU	Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
IWF	Internationaler Währungsfonds
J	
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
K	
KAG	Kommunalabgabengesetz
KG	Kommanditgesellschaft
KGG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen